

Name:

Anschrift:

Vorname:

Landesamt für Finanzen

Gz: -
Geschäftszeichen bitte angeben!

Postfach 19 05
92609 Weiden i.d.Opf.

Personalbogen für Beamtinnen/Beamte mit einem höherrangigen Qualifikationserwerb (nach erneuter Einstellung bzw. Versetzung von einem anderen Dienstherrn)

zur Ermittlung der Daten für die Bezügeabrechnung (wegen des höherrangigen Qualifikationserwerbs ist eine Stufenneufestsetzung erforderlich)

Die in diesem Personalbogen enthaltenen geschlechterspezifischen Bezeichnungen wurden aufgrund der besseren Lesbarkeit in der männlichen Form verwendet; sie schließen jedoch sowohl Frauen als auch Männer ein.

I. Persönliche Angaben (vom Beschäftigten auszufüllen)

Titel		Name		Vorname		geboren am		
Geburtsname			Geburtsort			Staatsangehörigkeit		
PLZ		Wohnort (bitte Hauptwohnsitz ¹ angeben)			Straße, Hausnummer			
Telefonisch erreichbar unter (Angabe freiwillig):					E-Mail-Adresse (Angabe freiwillig):			

¹ § 21 BMG Mehrere Wohnungen

(2) Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners.

§ 22 BMG Bestimmung der Hauptwohnung

(1) Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner.

(2) Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Personensorgeberechtigten; leben diese getrennt, ist Hauptwohnung die Wohnung des Sorgeberechtigten, die von dem minderjährigen Einwohner vorwiegend benutzt wird.

(3) In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

(4) Kann der Wohnungsstatus eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners nach den Absätzen 1 und 3 nicht zweifelsfrei bestimmt werden, ist die Hauptwohnung die Wohnung nach § 21 Absatz 2.

(5) Auf Antrag eines Einwohners, der in einer Einrichtung für behinderte Menschen wohnt, bleibt die Wohnung nach Absatz 2, bis er 25 Jahre alt ist, seine Hauptwohnung.

Beschäftigungsdienststelle (soweit noch nicht bekannt, bitte Regierungsbezirk sowie Tätigkeitsbereich angeben):
Rentenversicherungsnummer/Mitgliedsnummer bei berufsständischer Versorgungseinrichtung (sofern bekannt):

1 Erklärung zum Zahlungsverfahren:

Meine Bezüge sollen auf folgendes Konto ² überwiesen werden:	
BIC	
IBAN	
Kreditinstitut (genaue Anschrift)	
Mir ist bekannt, dass - die Bezügestelle zu Unrecht überwiesene Bezüge bis zum letzten Werktag – sofern dies ein Samstag ist, vorletzten Werktag – des Monats vor dem Fälligkeitstag ganz oder teilweise zurückrufen kann, auch wenn sie dem Konto bereits gutgeschrieben sind. - ich über meine Bezüge erst am letzten Werktag – sofern dies ein Samstag ist, vorletzten Werktag – des Monats vor dem Fälligkeitstag verfügen kann. Ich bin damit einverstanden, dass die Bezügestelle Besoldung Bezüge, die ohne Rechtsgrund, insbesondere für eine Zeit nach Wegfall des Anspruchs (z.B. nach Entlassung oder bei Beurlaubung ohne Bezüge), geleistet werden, durch Einziehung von meinem Konto wieder abbuchen lässt.	

2 Angaben zum Orts- und Familienzuschlag:

☐ Ich bin ledig, geschieden oder verwitwet. Bitte Erklärung zum Hauptwohnsitz ausfüllen! ³
☐ Ich bin verheiratet bzw. lebe in einer Lebenspartnerschaft. ⁴ Bitte OFZ-Erklärung ausfüllen! ³
☐ Ich bedarf aus gesundheitlichen Gründen der Hilfe einer anderen Person, die ich nicht nur vorübergehend in meine Wohnung aufgenommen habe. Bitte OFZ-Erklärung und P-Erklärung ausfüllen! ³
☐ Ich habe ein bzw. mehrere Kind(er), für die mir oder einer anderen Person Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder Bundeskindergeldgesetz zusteht. Bitte OFZ-Erklärung ausfüllen! ³
☐ Ich habe einen Angehörigen mit mindestens Pflegegrad 2 nicht nur vorübergehend in meine Wohnung aufgenommen. Bitte OFZ-Erklärung und P-Erklärung ausfüllen! ³

² Bei der Überweisung der Besoldung auf ein außerhalb der Europäischen Union geführtes Konto trägt der Empfänger die Kosten und die Gebühr der Übermittlung sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung (Art. 18 Satz 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes).

³ Formulare im Internet unter www.lff.bayern.de/formulare/formularsuche/besoldung/#besform oder direkt von Ihrer Personal verwaltenden Dienststelle oder Bezügestelle.

⁴ Lebenspartnerschaft im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes.

3 Angaben zur Ermittlung der Bemessung des Grundgehalts für die Stufenfestlegung und des Jubiläumsdienstalters
Bitte Zeit(en) jeweils unter Nummer 6 dieses Personalbogens angeben!

☐ Ich stand bereits in einem Beschäftigungs-/Ausbildungsverhältnis im öffentlichen Dienst (bitte Nachweise beifügen).

☐ Ich werde (ohne Unterbrechung des Beamtenverhältnisses) versetzt von einem anderen Dienstherrn im Geltungsbereich des BayBesG zum Freistaat Bayern.
Angaben zum bisherigen Arbeitgeber:

Bitte letzte Gehaltsabrechnung beifügen!

☐ Ich habe die Befähigung für ein Amt einer höheren Qualifikationsebene erlangt (bitte Nachweise beifügen).

4 Vergabe einer erhöhten Anfangsstufe in den Besoldungsgruppen A9/A10 (gem. Art. 30 Abs. 1 Satz 3 BayBesG)

☐ Ich bin vorgesehen für eine Einstellung in eine sog. „Fachlaufbahn mit fachlichem Schwerpunkt mit technischer Ausrichtung mit Vorbereitungsdienst“ (Art. 34 Abs. 3 Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen – LlbG).

Ein Nachweis über eine Regelstudiendauer von mehr als sechs Semestern bezüglich meiner Vorbildung (Fachhochschule oder gleichwertiger Studiengang)

☐ liegt bei bzw.

☐ wird nachgereicht.

5 Berücksichtigungsfähige Zeiten nach Art. 31 BayBesG, die zu einer fiktiven Vorverlegung des Dienst Eintritts führen können bzw. nicht zu einer Verzögerung des Stufenaufstiegs führen:

(Das Aufsteigen in den Stufen der Besoldungsgruppen regelt sich vom Zeitpunkt des erstmaligen Dienst Eintritts aus, vgl. Art. 30 Abs. 2 Satz 1 bzw. 47 Abs. 2 Satz 1 BayBesG.)

Bitte Zeit(en) jeweils unter Nummer 6 dieses Personalbogens angeben! ⁵

Für die Ernennung in das Beamtenverhältnis auf Probe war laufbahnrechtlich erforderlich:	
☐	Vorbereitungsdienst
☐	fachbezogene hauptberufliche Tätigkeit
☐	Ich habe (freiwilligen) Wehrdienst oder Zivildienst, Bundesfreiwilligendienst, Entwicklungshelferdienst, ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr abgeleistet [bitte Dienstzeitbescheinigung(en) beifügen].
☐	Ich habe Elternzeit/Erziehungsurlaub genommen [bitte Nachweis(e) beifügen] bzw. ein Kind betreut [bitte schriftlich glaubhaft darlegen].
☐	Ich habe einen nach ärztlichem Gutachten [bitte Nachweis(e) beifügen] pflegebedürftigen nahen Angehörigen (Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner im Sinne des § 1 Lebenspartnerschaftsgesetzes, Geschwister oder Kinder) tatsächlich betreut oder gepflegt. Bitte zusätzlich eine schriftliche Erklärung mit detaillierter Erläuterung der vorgenommenen Tätigkeiten beilegen. Außerdem ist schriftlich glaubhaft darzulegen, dass die Pflege beziehungsweise Betreuung durch Sie wenigstens zehn Stunden wöchentlich, verteilt auf regelmäßig mindestens zwei Tage in der Woche, umfasste und Sie im Zeitraum der Pflege beziehungsweise der Betreuung regelmäßig nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig waren.
☐	Ich habe eine Eignungsübung nach dem Eignungsübungsgesetz abgeleistet (bitte Dienstzeitbescheinigung beifügen).
☐	Ich beantrage, Zeiten meiner Mitgliedschaft in der Bundesregierung, Landesregierung, im Bayerischen Landtag, in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland, des Bundes oder der Europäischen Union für eine fiktive Vorverlegung meines Dienst Eintritts zu berücksichtigen. Bitte eine schriftliche Erklärung über den geltend gemachten zeitlichen Umfang mit der Versicherung beifügen, dass Sie für diese Zeiten keine Versorgungsabfindung erhalten haben.
☐	Ich habe bei meiner Personal verwaltenden Stelle beantragt, dass sonstige für die Beamtentätigkeit förderliche hauptberufliche ⁶ Beschäftigungszeiten für eine Vorverlegung meines Dienst Eintritts berücksichtigt werden (Art. 31 Abs. 2 BayBesG). Der Antrag wurde am _____ bei meiner Personal verwaltenden Stelle gestellt. ⁷

⁵ Vgl. im Einzelnen Nrn. 2 und 4 bis 7 des Hinweisblattes.

⁶ Eine „Hauptberuflichkeit“ erfordert grundsätzlich, dass die fragliche Beschäftigung entgeltlich erbracht wurde, nach den Lebensumständen den beruflichen Tätigkeitsschwerpunkt darstellte und die Beschäftigung mindestens in dem Beamtenverhältnis zulässigen Umfang abgeleistet wurde.

⁷ Die Antragstellung ist Voraussetzung für eine höhere Stufe oder eine verkürzte Stufenlaufzeit. Etwaige daraus resultierende höhere Bezüge können erst ab dem 1. des Monats der Antragstellung geleistet werden.

6 Angaben zum beruflichen Werdegang (siehe „Hinweise zu den Angaben zum beruflichen Werdegang“)

Ende der allg. Schulausbildung am: _____	von TT / MM / JJ	bis TT / MM / JJ	Umfang der Tätigkeit ⁸		
			Voll	≥ 0,5	< 0,5
danach folgte					

Bitte legen Sie entsprechende Nachweise bei.

Für weitere Zeiten verwenden Sie bitte ein gesondertes Beiblatt oder eine Kopie dieser Vorlage.

⁸ Spalten nur bei Angabe von Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsverhältnissen ausfüllen.

7 Vermögensbildung

Die vermögenswirksame Anlage von Teilen der Bezüge und die damit verbundene Auszahlung der vermögenswirksamen Leistung des Dienstherrn

☐ wird gewünscht. Der Antrag auf vermögenswirksame Anlage bzw. eine Bescheinigung des Anlageinstitutes

☐ liegt bei.

☐ wird nachgereicht.

☐ wird nicht gewünscht.

8 Lohnsteuerabzug (verpflichtende Angaben!)

Mit der Einführung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) wurde ab 01.01.2013 die Lohnsteuerkarte durch ein elektronisches Verfahren ersetzt. Im Rahmen dieses elektronischen Verfahrens werden Ihre Lohnsteuerabzugsmerkmale bei der Finanzverwaltung abgerufen.

Bitte teilen Sie hierzu folgende mit:

Meine Steueridentifikationsnummer lautet:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Bei meiner Beschäftigung handelt es sich um ein

☐ Hauptarbeitsverhältnis (Steuerklasse I bis V)

☐ Nebenarbeitsverhältnis (Steuerklasse VI)

Bei der Steuerberechnung für das Nebenarbeitsverhältnis soll ein Freibetrag nach § 39 a Abs. 1 Satz 1 Nummer 7 EStG in Höhe von _____ € berücksichtigt werden. ⁹

⁹ § 39a Freibetrag und Hinzurechnungsbetrag (Auszug)

(1) ¹Auf Antrag des unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmers ermittelt das Finanzamt die Höhe eines vom Arbeitslohn insgesamt abzuziehenden Freibetrags aus der Summe der folgenden Beträge:
(...)

7. ein Betrag für ein zweites oder ein weiteres Dienstverhältnis insgesamt bis zur Höhe des auf volle Euro abgerundeten zu versteuernden Jahresbetrags nach § 39b Absatz 2 Satz 5, bis zu dem nach der Steuerklasse des Arbeitnehmers, die für den Lohnsteuerabzug vom Arbeitslohn aus dem ersten Dienstverhältnis anzuwenden ist, Lohnsteuer nicht zu erheben ist.

²Voraussetzung ist, dass

a) der Jahresarbeitslohn aus dem ersten Dienstverhältnis geringer ist als der nach Satz 1 maßgebende Eingangsbetrag und

b) in Höhe des Betrags für ein zweites oder ein weiteres Dienstverhältnis zugleich für das erste Dienstverhältnis ein Betrag ermittelt wird, der dem Arbeitslohn hinzuzurechnen ist (Hinzurechnungsbetrag).

(...)

Hinweise zu den Angaben zum beruflichen Werdegang

- für Ihre Unterlagen -

Die Angaben werden zur Festsetzung Ihrer Grundgehaltsstufe sowie Ihres Jubiläumsdienstalters (JDA) benötigt.

Bitte geben Sie in der Tabelle

- **lückenlos** alle Zeiten nach dem Ende der Schulausbildung (z.B. Mittlere Reife / Abitur usw.) unter Vorlage der Ihnen zur Verfügung stehenden **Nachweise** (z.B. Dienstzeitbescheinigung, Elterngeldbescheid)
- **mit Tagesdatum** (Beginn /Ende)
- **entsprechend den nachstehend aufgeführten Punkten** an.

1. Weiterbildung (Art der Ausbildung)

Bitte geben Sie die Art der Ausbildung (z. B. Studium mit Angabe des Studienfaches, Fachschule, Meisterschule, Promotion) an.

Sofern in diese Zeiträume auch Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege von nahen Angehörigen gefallen sind, sind diese gesondert anzugeben (siehe Nr. 5 bzw. Nr. 6 dieses Hinweisblattes).

2. Beschäftigung (Art der Tätigkeit) bei (Arbeitgeber / Dienstherr)

Bitte teilen Sie uns das Rechtsverhältnis zum Arbeitgeber mit [z.B. Beamter oder Soldat auf Zeit (beachte Nr. 7 dieses Hinweisblattes), Arbeitnehmer, Auszubildender usw.].

Verwenden Sie bei der Angabe des Arbeitgebers/Dienstherrn keine Abkürzungen.

Kreuzen Sie bitte in der Spalte „Umfang der Tätigkeit“ an:

- | | |
|-------|---|
| voll | wenn Sie vollbeschäftigt waren; |
| ≥ 0,5 | wenn Sie mit <u>mindestens der Hälfte</u> der regelmäßigen Arbeitszeit
teilzeitbeschäftigt waren; |
| < 0,5 | wenn Sie <u>mit weniger als der Hälfte</u> der regelmäßigen Arbeitszeit
teilzeitbeschäftigt waren. |

3. Ohne Beschäftigung (Grund)

Sofern es einen besonderen Grund dafür gibt, warum keine Beschäftigung ausgeübt wurde, ist dieser näher zu bezeichnen und ggf. unter „zusätzliche Bemerkungen“ näher zu erläutern. Gründe können z.B. sein: Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchend; Zwangspause (wenn die Aufnahme einer Ausbildung nur zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich war);

Sofern in diese Zeiträume auch Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege von nahen Angehörigen gefallen sind, sind diese gesondert anzugeben (siehe Nr. 5 bzw. Nr. 6).

4. Gesellschaftlich relevante Zeit

Dazu zählen der Grundwehrdienst und der freiwillige zusätzliche Wehrdienst im Anschluss an den Grundwehrdienst, der freiwilliger Wehrdienst, Wehrübungen, der Zivildienst und der freiwillige zusätzliche Zivildienst, der Bundesfreiwilligendienst, der Entwicklungshelferdienst, das freiwillige soziale Jahr und das freiwillige ökologische Jahr.

Bitte tragen Sie die genaue Bezeichnung (z. B. Grundwehrdienst) ein und legen Sie die Dienstzeitbescheinigung bei.

Für die Berücksichtigung dieser Zeiten ist zusätzlich mitzuteilen, wann die Bewerbung für die spätere Einstellung im öffentlichen Dienst erfolgte und ob diese Bewerbung maßgeblich für die spätere Einstellung war.

5. Kinderbetreuungszeiten (für Kind, geb. am)

Bitte geben Sie Name, Vorname und das Geburtsdatum des betreuten Kindes an.

Dazu zählen Zeiten der Kinderbetreuung sowohl innerhalb (Elternzeit, familienpolitische Beurlaubungen) als auch außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses.

Bei Kinderbetreuungszeiten außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses (z. B. während Arbeitslosigkeit/Studium) ist unter „zusätzliche Bemerkungen“ oder auf einem Beiblatt *gesondert schriftlich glaubhaft* zu machen, dass die Kinderbetreuung im Vordergrund gestanden hat.

Bitte legen Sie entsprechende Kopien der Elternzeit- bzw. Beurlaubungsgenehmigungen vor.

6. Zeiten der tatsächlichen Betreuung oder Pflege von nahen Angehörigen

Bitte geben Sie Name, Vorname, Geburtsdatum und das Familien- bzw. Verwandtschaftsverhältnis des Angehörigen an. Bei Pflegezeiten außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses (z. B. während Arbeitslosigkeit/Studium) ist *gesondert schriftlich glaubhaft* zu machen, dass die Pflege des nahen Angehörigen im Vordergrund gestanden hat.

7. Besonderheit bei früherem Beamten-/Richter-/Soldatenverhältnis auf Zeit

Gesondert anzugeben / beizufügen sind:

- Kopie der ersten Ernennungsurkunde bzw. Kopie der Dienstzeitbescheinigung (Soldat auf Zeit)
- Unterlagen aus der die damalige Besoldungsgruppe zum Ernennungszeitpunkt ersichtlich ist (nicht Ausbildungsdienstverhältnisse);
- Zeiten ohne Anspruch auf Grundgehalt (z.B. Anwärterzeiten, Beurlaubungen mit Angaben des Grundes);
- Beurlaubung mit Anerkennung eines dienstlichen Interesses;
- Zeiten eines schuldhaften Fernbleibens vom Dienst;
- Zahlungszeitpunkt einer Jubiläumszuwendung.

II Ergänzende Angaben der Personal verwaltenden Stelle ¹²

(von der Personal verwaltenden Stelle **vorab** auszufüllen)

Name	Vorname	Geschäftszeichen
Ernennungszeitpunkt	Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
Dienststelle		Haushaltsstelle (Kapitel, Titel, AOST)
Der Beamte/die Beamtin wurde aufgrund seiner/ihrer Ausbildung zum in ein Amt einer höheren Qualifikationsebene ernannt. Ernennung zum/zur		
Die Voraussetzungen für die erhöhte Anfangsstufe nach Art. 30 Abs. 1 Satz 4 BayBesG i.V.m. Art. 39 Abs. 1 LbG liegen vor: ☐ ja ☐ nein		
Die grundsätzlichen Voraussetzungen für die erhöhte Anfangsstufe nach Art. 30 Abs. 1 Satz 3 BayBesG i.V.m. Art. 34 Abs. 3 LbG wegen Einstellung in eine Fachlaufbahn mit fachlichem Schwerpunkt mit technischer Ausrichtung liegen vor (die Voraussetzungen einer Regelstudienzeit von mehr als sechs Semestern wird von der Bezügestelle festgestellt). ☐ ja ☐ nein		
Ein Abdruck des Bescheides über die Feststellung sonstiger förderlicher hauptberuflicher Zeiten gem. Art. 31 Abs. 2 BayBesG ☐ liegt bei. ☐ wird nachgereicht. ☐ Sonstige förderliche hauptberufliche Zeiten werden voraussichtlich nicht bescheinigt.		

¹² Bitte auf Seite 1 links oben auch die Adresse der zuständigen Bezügestelle für den künftigen Bezügeempfänger ausfüllen.

Dienstliche Verwendung ab _____ als _____ 13		
a) Für den Erwerb der Qualifikation war zusätzlich zum Vorbereitungsdienst eine fachbezogene hauptberufliche Tätigkeit vorgeschrieben ☐ ja (Rechtsgrundlage) ¹⁴ ☐ nein		
b) Ist eine abgelegte Meisterprüfung Voraussetzung für die Übernahme ins Beamtenverhältnis? ☐ ja (Rechtsgrundlage) ☐ nein		
Falls „ja“: Angabe der vorgeschriebenen Mindestdauer einer hauptberuflichen Tätigkeit die Zulassungsvoraussetzung für die Meisterprüfung war Jahre Monate		
Zulagenberechtigende Verwendung ab _____ als _____ Rechtsgrundlage: ☐ Keine Angaben.		
Ggf. weitere erforderliche Angaben für die Festsetzung von Besoldungsbestandteilen (z.B. Zulagen/Vergütungen/Aufwandsentschädigungen): ☐ Keine Angaben.		
Die obigen Angaben stimmen mit dem Inhalt der Personalakte überein bzw. werden bestätigt.		
Adresse der Personal verwaltenden Stelle	Sachbearbeiter	
Datum	Stempel Unterschrift (Personal verwaltende	

¹³ Z.B. technischer Gewerbeaufsichtsbeamter (BesGr. A10 oder A13) oder Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe.

¹⁴ Z.B. FachV-GA